

## **Redebeitrag der CDU-Ratsfraktion zur Aktuellen Debatte „Die soziale Lage der Magdeburger Bevölkerung“**

TOP 5, am 1. Dezember 2005 auf der 24. Stadtratssitzung  
vorgetragen von Jens Ansorge, CDU-Stadtrat

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach Ansicht der CDU-Ratsfraktion sind die sozialen Sicherungssysteme in der gesamten Bundesrepublik Deutschland in eine ausgesprochene schwierige Lage geraten. Gründe dafür ist die zurückgehende Geburtenrate, eine erfreuliche Steigerung der Lebenserwartung und der wachsende medizinische Fortschritt, der Wandel der Arbeitswelt, eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und zum Teil auch gravierend falsche politische Weichenstellungen in der Vergangenheit. Dadurch ist nämlich die Balance zwischen den Beitragszahlern und den Leistungsempfängern und damit zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Versicherungsträger, aber auch zwischen staatlicher Regulierung und persönlichem Entscheidungsspielraum entscheidend aus dem Lot geraten. Ohne eine grundlegende Kurskorrektur wird Deutschland und damit auch unsere Stadt Magdeburg das Wachstumspotential nicht erhöhen, die Beschäftigungskrise nicht überwinden und somit den heutigen Wohlstand auch nicht halten können. Dessen sollten wir uns bewusst sein.

Frau Huhn, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, wenn Sie fordern, vehement fordern, dass wir in unserer Tätigkeit hier einen Konsens zur Schaffung von Rahmenbedingungen finden müssen. Ich muss Ihnen aber auch sagen, persönlich kann ich aus der Vergangenheit einen solchen Konsens in sehr wichtigen Fragen, unsere Stadt betreffend, durchaus feststellen über die Fraktionsgrenzen hinweg und auch zusammen mit der Verwaltung. Wir haben als Ergebnis unserer Arbeit auch einige Erfolge vorzuweisen. Sie sind heute angesprochen worden und sie sind in dem umfangreichen Bericht zur sozialen Lage in Magdeburg auch definiert worden.

Ich habe auch gehört von Ihnen, Frau Huhn, und auch von Ihnen, Herr Brüning, dass Sie Umverteilungsprozesse angemahnt haben, dass Sie eine Verteilung, weg von den Reichen, hin zu den Armen angefordert haben und dass Sie sich gegen eine prozentuale Kürzung generell ausgesprochen haben. Ja, natürlich, wir haben eine soziale Verantwortung und wir haben auch die Pflicht, dafür zu sorgen, dass – ich zitiere Sie wieder, Frau Huhn – gleiche Lebenschancen für alle da sind. Aber, ich muss sagen, und muss fragen, Frau Huhn, wer ist denn in der Stadt Magdeburg reich im Sinne des Umverteilungsprozesses. Sind es die Handwerker? Sind es die mittelständischen Unternehmen mit ihren 5 bis 10 Beschäftigten? Sind es die

mit ihren 50 bis 100 Beschäftigten? Oder sind es die wenigen hier tätigen Großunternehmen, die sich in der Stadt durchaus ihrer Verantwortung meines Erachtens nach bewusst sind und eine nicht zu unterschätzende soziale Leistung für unsere Stadt bereits leisten? Auch das bürgerschaftliche Engagement, um mal den Lindwurm aufzugreifen, ist eine Geldausgabe, aber eine aus privaten Taschen, die also durchaus dazu geeignet ist, das Sozialgefüge in dieser Stadt zu erhalten.

Wofür steht die CDU? Wir sind, um mit dem Bereich Gesundheit anzufangen, für eine Vorsorge und Gesundheitsförderung. Wir wollen erreichen, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig ein gesundheitsbewusstes Verhalten an den Tag legen können. Wir möchten die Bedingungen für eine leistungsfähige und wohnortnahe ärztliche Versorgung mit schaffen bzw. erhalten helfen. Jede Bürgerin, jeder Einwohner von Magdeburg soll den Anspruch auf eine wohnortnahe Versorgung medizinischerseits und auch stationärerseits mit entsprechender Krankenhauskapazität haben. Aber wir sehen auch das Gesundheitswesen als kräftigen Wirtschaftsfaktor gerade in unserer Stadt.

Die CDU steht für einen wirksamen Verbraucherschutz.

Die CDU steht dafür, dass Menschen mit Behinderungen die Förderung erfahren, die angemessen ist, und die ihnen das Leben noch lebenswerter gestaltet.

Wir haben in der Vergangenheit und wir werden auch in der Zukunft sehr für die Lebensqualität für Senioren eintreten und alles nach Kräften stehende tun, die hier zahlenmäßig steigende Bevölkerungsgruppe in Magdeburg auch mit den entsprechenden Bedingungen auszustatten, dass sie ihre Erfahrungen, die sie in ihrem Leben gesammelt haben, auch zum Wohle des gesellschaftlichen Systems einbringen können.

Es gibt eine ganze Menge von pauschalen Aussagen, was man alles tun muss. Das kann man im Prinzip auf jeder Ebene, Bundesland, kommunal usw., lesen. Auch in den Bereichen von Ihnen, Frau Bröcker, stehen natürlich als Handlungsfelder einige Forderungen, die recht pauschal im Raum, nicht desto trotz richtig sind. Ich möchte mal ihr Augenmerk auf zwei Dinge lenken und ganz konkret beim Namen nennen. Nicht wenig Rentner werden in ganz naher Zukunft ein gewaltiges Problem mit Altersarmut in Magdeburg haben. Denken Sie an die vielen, vielen Menschen, die zurzeit der Wende 50 Jahre alt waren und ihren Arbeitsplatz verloren. Die kommen jetzt nach und nach in Rente und hatten nicht die Möglichkeit, sich entsprechendes Vermögen in ihrem Arbeitsleben zu schaffen und hatten auch nicht die Möglichkeit, in die Rentenversicherungssysteme entsprechend einzuzahlen und Ansprüche zu erwerben. Ich denke, dass wir uns in Magdeburg, ganz speziell in Magdeburg, dieser Problematik sehr, sehr bald, sehr, sehr ernsthaft stellen werden müssen und auch Lösungen finden müssen auch in finanzieller Hinsicht, diese Sache in den Griff zu bekommen.

Und eine zweite Sache. Es ist doch auffällig, dass wir mittlerweile leider in einer Familie schon in dritter Generation Menschen haben, die auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind. Es ist doch beängstigend, der Gedanke, dass sich diese Familien schon auf ein Leben einstellen müssen oder eingestellt haben, entsprechende Hilfen in Anspruch zu nehmen. Ich kann nur die Verantwortung eines Jeden anmahnen, seine Kraft einzusetzen, sich an der Umstrukturierung dieser gesellschaftlichen Probleme zu beteiligen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist ein Thema, was allumfassend natürlich in der Kürze der Zeit nicht behandelt werden kann. Und an die auferlegte Zeitbegrenzung möchte ich mich auch ganz strikt halten. Ich möchte aber Sie natürlich explizit darauf aufmerksam machen, dass sich der Gesundheits- und Sozialausschuss, ausgehend von dem Bericht, in einem Handlungsspielraum bereits befindet und am 19. Januar unter Federführung von Herrn Dr. Gottschalk sich in einer ersten Runde unter der Überschrift „Demographischer Wandel, soziale Herausforderung“ mit Handlungsfeldern und Spielräumen entsprechend befasst, wir also sicherlich das ganze Jahr 2006 permanent mit dem Thema soziale Situation in Magdeburg befasst sein werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit